



**Schweizerische
Rentnerstiftung**

Wir sichern Renten.

Anlagereglement

Schweizerische Rentnerstiftung SRS

Gültig ab 1. Januar 2023

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeine Grundsätze	3
Art. 1	Zweck des Anlagereglements.....	3
Art. 2	Ziele der Vermögensverwaltung.....	3
II.	Strategische Anlageentscheide	3
Art. 3	Strategische Allokation.....	3
Art. 4	Risikofähigkeit und Risikosteuerung.....	3
III.	Anlageorganisation	3
Art. 5	Grundsätze	3
Art. 6	Organe	3
Art. 7	Stiftungsrat.....	4
Art. 8	Anlagekommission	4
Art. 9	Geschäftsführung.....	4
Art. 10	Externe Vermögensverwalter	4
Art. 11	Unabhängiger Investment Controller.....	4
Art. 12	Unabhängiger Investment Consultant.....	5
Art. 13	Investment Reporter	5
Art. 14	Informationskonzept	6
IV.	Anlagebestimmungen.....	6
Art. 15	Nachhaltige Kapitalanlage	6
Art. 16	Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze.....	6
Art. 17	Zulässige Anlagen nach Art. 53 BVV 2	6
Art. 18	Erweiterung der Anlagemöglichkeiten nach Art. 50 Abs. 4 BVV 2	7
Art. 19	Benchmark / Vergleichsindex.....	7
Art. 20	Bewirtschaftungsregeln	7
Art. 21	Herabstufung im Rating	7
Art. 22	Verbot der Nachschusspflicht und Hebelwirkung.....	7
Art. 23	Fremdwährungen	7
Art. 24	Securities Lending.....	7
Art. 25	Einsatz derivativer Finanzinstrumente (Derivate).....	7
Art. 26	Pflichten zu FinfraG/FinfraV	7
V.	Ausübung der Aktionärsrechte	8
VI.	Änderungen.....	8
VII.	Inkrafttreten.....	8
Anhang 1	Anlagestrategie.....	9
Anhang 2	Anlagerichtlinien.....	10
Anhang 3	Derivative Instrumente und Strategien.....	11
Anhang 4	Ausübung der Aktionärsrechte	11
Anhang 5	Integrität und Loyalität.....	11
Anhang 6	Zusammenarbeit mit externen Vermögensverwaltern	13

Gestützt auf Art. 2 Abs. 3 der Stiftungsurkunde, das Vorsorgereglement, das Organisationsreglement sowie Art. 51a Abs. 2 lit. c, f, m und n des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; SR 831.40) erlässt der Stiftungsrat das folgende Anlagereglement:

I. Allgemeine Grundsätze

Art. 1 Zweck des Anlagereglements

Dieses Reglement legt die Ziele, Grundsätze und die Organisation, die Aufgaben und Kompetenzen fest, die bei der Bewirtschaftung des Vermögens der Schweizerischen Rentnerstiftung SRS (nachstehend SRS) zu beachten sind.

Es schafft die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung einer fachlich kompetenten, integren, nachvollziehbaren und transparenten Führung durch die Stiftungsorgane.

Art. 2 Ziele der Vermögensverwaltung

Das Vermögen der SRS ist ausschliesslich im Interesse der Destinatäre zu bewirtschaften. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass:

- die versprochenen Leistungen jederzeit termingerecht ausbezahlt werden können,
- die notwendigen Reserven zum Ausgleich von durch Kapitalmarkteinflüsse verursachte Wertschwankungen innert nützlicher Frist aufgebaut werden,
- die Risikofähigkeit eingehalten wird, um die nominelle Sicherheit der versprochenen Leistungen zu gewährleisten,
- die Anlagen im Rahmen der Risikofähigkeit und der Liquiditätsbedürfnisse eine dem Geld-, Kapital- und Immobilienmarkt entsprechende Gesamrendite erzielen und
- die Anlagen insbesondere über verschiedene Anlagekategorien, Regionen und Wirtschaftszweige hinreichend diversifiziert werden.

Die Bewirtschaftung der Vermögensanlagen trägt dazu bei, dass die Leistungsziele der SRS bestmöglich erfüllt werden können.

II. Strategische Anlageentscheide

Art. 3 Strategische Allokation

Zur Verwirklichung der anlagepolitischen Ziele legt der Stiftungsrat die strategische Allokation (Anlagestrategie) fest. Die Anlagestrategie definiert die strategische Zuteilung des Gesamtvermögens auf die einzelnen Anlagekategorien und eine repräsentative Benchmark (Index), welche pro Anlagekategorie zu Grunde gelegt wird.

Ausserdem bestimmt der Stiftungsrat mit der Anlagestrategie den anlagetaktischen Spielraum für diesbezügliche Abweichungen in Form von Bandbreiten je Anlagekategorie.

Die Zielwerte beziehen sich immer auf Marktwerte und berücksichtigen im Falle von Derivateinsatz das ökonomische Exposure (Engagement).

Die strategische Allokation, die Bandbreiten und die Anlagerichtlinien sind periodisch oder wenn ausserordentliche Ereignisse es erfordern, zu überprüfen und, wenn nötig, anzupassen. Die anzuwendenden Vorgaben sind in den Anhängen 1 und 2 aufgeführt.

Art. 4 Risikofähigkeit und Risikosteuerung

Beim Festlegen der strategischen Allokation sind die Risikofähigkeit der SRS sowie die langfristigen Rendite- und Risiko-Eigenschaften der verschiedenen Anlagekategorien zu berücksichtigen. Die SRS achtet bei der Anlage des Vermögens darauf, dass die Sicherheit der Erfüllung der Vorsorgezwecke gewährleistet ist. Die Beurteilung der Sicherheit erfolgt insbesondere in Würdigung der gesamten Aktiven und Passiven sowie der Struktur und der zu erwartenden Entwicklung des Versichertenbestandes (Art. 50 Abs. 2 BVV 2).

III. Anlageorganisation

Art. 5 Grundsätze

Die Vermögensanlagen sind sorgfältig auszuwählen, zu bewirtschaften und zu überwachen. Die Anlagen sind so auszuwählen, dass sie unter normalen Verhältnissen zur Sicherstellung der jederzeitigen Anspruchserfüllung, innert der vom Stiftungsrat festgesetzten Fristen, realisierbar sind (zeitliche Staffelung).

Bei der Ausführung ihrer Funktionen handeln die Organe der SRS unabhängig und im Interesse der Destinatäre. Oberstes Handlungsprinzip im Umgang mit den anvertrauten Mitteln ist die treuhänderische Sorgfaltspflicht. Die SRS unterstellt sich und ihre Organe der Charta des Schweizerischen Pensionskassenverbandes (ASIP-Charta). Die Vorschriften zur Integrität und Loyalität sind im Anhang 5 geregelt.

Art. 6 Organe

Die Führungsorganisation im Bereich der Vermögensbewirtschaftung der SRS umfasst die folgenden Organe mit Anlageentscheidungsbefugnissen:

- Stiftungsrat
- Anlagekommission
- Geschäftsführung

Die Führungsorganisation wird unterstützt von:

- externen Vermögensverwaltern
- dem unabhängigen Investment Controller
- dem unabhängigen Investment Consultant
- dem Investment Reporter

Die Kompetenzen und Aufgaben werden in einem Operating Memorandum ergänzend zu den Bestimmungen der Reglemente geregelt. Vermögensverwaltungsverträge sind so auszugestalten, dass sie spätestens fünf Jahre nach Abschluss ohne Nachteil für die SRS aufgelöst werden können.

Art. 7 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat trägt die Gesamtverantwortung für die Vermögensverwaltung. Dabei obliegen ihm insbesondere die folgenden Aufgaben:

- Festsetzung der Grundsätze und der Ziele der Vermögensanlage, Festlegung des Anlagereglements, der langfristigen Anlagestrategie und des Zielwerts der Wertschwankungsreserven;
- Ausgestaltung des Anlageprozesses und der Anlageorganisation sowie die Regelung der Kompetenzen und die Kontrolle des Anlageprozesses;
- Periodische Überprüfung der mittel- und langfristigen Übereinstimmung zwischen der Anlage des Vermögens und den Verpflichtungen;
- Wahl und Ausgestaltung der vertraglichen Beziehung mit den Vermögensverwaltern, der Depotstelle, dem Global Custodian, dem Investment Controller, dem Investment Consultant und dem Reporter;
- Anlage des Stiftungsvermögens, Abschluss von Vermögensverwaltungsverträgen und laufende Überwachung der Vermögensverwalter;
- Wahl und Abberufung der Mitglieder der Anlagekommission;
- Festlegung und Delegation von Kompetenzen bei der Umsetzung der Anlagestrategie an die Anlagekommission, die Geschäftsführung und an externe Vermögensverwalter;
- Regelung und Überwachung der Vorschriften über die Stimmrechtsausübung, die Transparenz sowie über die Integrität und Loyalität der mit der Anlage und Verwaltung des Vorsorgevermögens beauftragten Personen (Art. 48k BVV 2);
- Erstellung der Jahresrechnung und eines jährlichen Berichts über die Anlagetätigkeit und die Anlagere-sultate sowie die Kosten der Vermögensverwaltung.

Art. 8 Anlagekommission

Die Anlagekommission ist das Fachgremium des Stiftungsrates für die Bewirtschaftung der Finanzanlagen. Sie setzt sich aus mindestens zwei stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Sie kann mit Fachleuten erweitert werden. Die Anlagekommission:

- ist für die Umsetzung der vom Stiftungsrat festgelegten strategischen Vermögensstruktur verantwortlich;
- bereitet alle Geschäfte vor und stellt Anträge zu allen Geschäften, für die der Stiftungsrat im Bereich der Vermögensverwaltung zuständig ist;
- hat die Kompetenz, über Investitionssummen von bis zu CHF 50 Millionen selbst zu entscheiden;

- prüft die Tätigkeit der Vermögensverwalter (Banken, Portfoliomanager) und überwacht deren Anlagetätigkeit und den Anlageerfolg;
- überwacht den Liquiditätsplan und die Einhaltung der taktischen Vermögensallokation;
- orientiert den Stiftungsrat über die Anlagetätigkeit und den Anlageerfolg;
- kann bei Bedarf und je nach Sachgeschäft weitere externe Fachpersonen beiziehen.

Art. 9 Geschäftsführung

Der Geschäftsführung obliegen im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung folgende Aufgaben: Sie

- ist verantwortlich für die rechtzeitige Auszahlung der Renten, das Cashflow-Management und für die Mittelflussbewirtschaftung;
- stellt ein angemessenes Reporting an den Stiftungsrat sicher;
- erstellt periodisch einen Liquiditätsplan;
- betreut die Vermögensverwalter;
- ist verantwortlich für die Einholung einer jährlichen Erklärung über persönliche Vermögensvorteile und allfällige Interessenbindungen bei allen Personen und Institutionen, die in der Vermögensverwaltung involviert sind.

Art. 10 Externe Vermögensverwalter

Der Stiftungsrat vergibt Vermögensverwaltungsmandate nur an Banken und/oder Effektenhändler. Bei der Verwaltung von Immobilien kommen nur Personen und Institutionen in Frage, die dazu befähigt sind und Gewähr über die Erfüllung von Art. 51b BVG und Art. 48g–I BVV 2 bieten.

Die Vermögensverwalter sind verantwortlich für das Portfoliomanagement der ihnen anvertrauten Wertschriftensegmente. Die Grundsätze für die Zusammenarbeit sind im Anhang 6 beschrieben.

Art. 11 Unabhängiger Investment Controller

Der Investment Controller muss von der SRS unabhängig sein. Er nimmt folgende Aufgaben wahr: Er

- überwacht die Anlagetätigkeit auf Stufe Gesamtportfolio und Anlagekategorien; prüft jederzeit die Notwendigkeit von Anpassungen;
- überwacht die Einhaltung der Anlage- und der Mandatsrichtlinien zum Zwecke der Früherkennung etwaiger Abweichungen von den strategischen und reglementarischen Vorgaben;
- analysiert und beurteilt unter Berücksichtigung der eingegangenen Risiken die Anlageergebnisse;
- gibt konkrete Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Vermögensanlage ab;
- erstellt periodisch eine Studie zur Ermittlung des Sollwertes der Wertschwankungsreserve und vergleicht den ermittelten Wert mit den vorhandenen Reserven;

- steht dem Stiftungsrat und der Anlagekommission bei Bedarf als Ansprechpartner für Fragen der Vermögensverwaltung zur Verfügung;
- bereitet führungsrelevante Controller-Informationen auf.

Art. 12 Unabhängiger Investment Consultant

Der Investment Consultant muss von der SRS unabhängig sein. Er nimmt folgende Aufgaben wahr: Er

- erarbeitet die Entscheidungsgrundlagen für die Änderung der Anlagestrategie, des Anlagereglements und des Anlagekonzepts;
- erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für die Gestaltung einer risikokonformen Anlagestrategie;
- unterstützt den Stiftungsrat und die Anlagekommission bei der Umsetzung der Anlagestrategie;
- berät den Stiftungsrat und die Anlagekommission in Bezug auf die laufende Optimierung der Anlageorganisation;
- erstellt die Grundlagen für die Auswahl der Vermögensverwalter;
- koordiniert die interne und externe Vermögensverwaltung;
- arbeitet mit der Anlagekommission die Mandatsrichtlinien für die Vermögensverwalter aus;
- unterstützt die Geschäftsführung beim Cash Management auf der Grundlage der Liquiditätsplanung;
- berichtet regelmässig über die Anlagetätigkeit in den verschiedenen Gremien;
- regelt die Überwachung der Tätigkeit der Vermögensverwalter;
- erarbeitet periodisch eine Studie, aufgrund der überprüft werden kann, wie die Finanzierung und die Verpflichtungsentwicklung aufeinander abgestimmt sind (ALM-Studie) und schlägt dem Stiftungsrat die Massnahmen vor, die sich daraus auf die Vermögensverwaltung ergeben;
- organisiert und führt Schulungen und Ausbildungen zu Anlagethemen durch.

- die monatliche Performancemessung nach Branchenstandards;
- die monatliche Kontrolle der Einhaltung von Anlage-limiten nach spezifischen Vorgaben;
- das Erstellen eines monatlichen Factsheets;
- den quartalsweisen Peergruppenvergleich;
- den jährlichen TER-Report;
- den jährlichen BVV 2 Report.

Art. 13 Investment Reporter

Der Investment Reporter überwacht die Anlagen und deren Bewirtschaftung laufend. Er erstattet über die verschiedenen Überwachungsinhalte konsolidiert, periodisch und stufengerecht Bericht, sodass die verantwortlichen Organe über aussagekräftige Informationen verfügen. Mit der Berichterstattung ist sicherzustellen, dass die einzelnen Kompetenzebenen so informiert werden, dass sie die ihnen zugeordnete Führungsverantwortung wahrnehmen können. Der Investment Reporter ist verantwortlich für:

- das Erstellen und Aufbereiten aller für die Überwachung der Vermögensverwalter und das Investment Controlling notwendigen Informationen (wie Berechnung der Anlagerenditen, Vergleich mit den jeweiligen Benchmarks, Herleitung der Performanceabweichungen, Darstellung der Vermögensstruktur) auf monatlicher Basis;

Art. 14 Informationskonzept

Im Rahmen der Anlageorganisation wird folgendes Informationskonzept vollzogen:

Was	Wann	Wer	Für wen
Mandatsreporting umfassend: <ul style="list-style-type: none"> Anlagerenditen mit Benchmarkvergleich Überwachung Bandbreiten/Compliance Anlagestruktur 	Monatlich bis Arbeitstag 5 Illiquide Anlagen bis Arbeitstag 90	VV	AKO
Konsolidiertes Reporting umfassend: <ul style="list-style-type: none"> Konsolidierte Anlagerenditen mit Benchmarkvergleich Überwachung Bandbreiten/Compliance Anlagestruktur 	Monatlich bis Arbeitstag 20	IR	Lang: AKO Kurz: SR
Quartalsmonitor umfassend: <ul style="list-style-type: none"> Finanzielle Lage & Vorsorgesicherheit Anlagerenditen mit Benchmarkvergleich Anlagestruktur Überwachung Bandbreiten/Compliance Umsetzung Handlungsempfehlungen 	Quartal bis Arbeitstag 30	IC	AKO
Factsheet für Stiftungsrat	Monatlich / Ad-hoc	IB	SR/AKO
Bestätigung regelmässige Überprüfung der strategischen Asset Allocation.	Jährlich	AKO/IC	SR
Jahresbericht mit Orientierung Anlagetätigkeit und Anlageerfolg im abgelaufenen Jahr sowie Wahrnehmung der Mitwirkungsrechte.	Jährlich	SR/AKO	Versicherte
Funktionsträger:			
SR	Stiftungsrat	IB	Investment Consultant
VV	Vermögensverwalter/Portfoliomanager	AKO	Anlagekommission
IC	Investment Controller	IR	Investment Reporter

IV. Anlagebestimmungen

Art. 15 Nachhaltige Kapitalanlage

Im Rahmen der Vermögensbewirtschaftung sollen auch Klima-, Umwelt-, Sozial- und Corporate Governance-Aspekte beachtet werden. Die SRS lehnt sich bei der Definition der Nachhaltigkeitskriterien an die UN Sustainable Development Goals an. Das verantwortungsbewusste Investieren soll transparent, nachvollziehbar und in den gesamten Anlageprozess integriert sein.

Art. 16 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Die während des Jahres vorgenommenen Wertschriftentransaktionen sind in der Wertschriftenbuchhaltung zu erfassen.

Die Bewertung und der Ausweis des Anlagevermögens erfolgen nach Art. 48 BVV2 und den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Ziff. 3 Swiss GAAP FER 26. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu Marktwerten am Bilanzstichtag. Wo keine Marktwerte verfügbar sind, wird auf branchenübliche Bewertungen abgestellt.

Die Aufgliederung und der Ausweis der Vermögensverwaltungskosten erfolgen nach Art. 48a BVV2.

Art. 17 Zulässige Anlagen nach Art. 53 BVV 2

Die SRS kann in sämtliche Anlagen, welche unter Art. 53 BVV 2 aufgeführt werden, investieren. Sämtliche rechtlichen Bestimmungen, insbesondere diejenigen aus Art. 53a BVV 2 (Risikoarme Anlagen) und Art. 54 BVV 2 (Begrenzung einzelner Schuldner) sind jederzeit einzuhalten.

Für Kollektivanlagen gelten die Bestimmungen aus Art. 56 (Kollektive Anlagen).

Alternative Anlagen umfassen sämtliche nicht-traditionellen Vermögensanlagen sowie Forderungen, welche nach Art. 53 Abs. 3 BVV 2 als Alternative Anlagen klassifiziert werden. Sie dürfen nur mittels diversifizierter kollektiver Anlagen, diversifizierter Zertifikate oder diversifizierter strukturierter Produkte vorgenommen werden.

Art. 18 Erweiterung der Anlagemöglichkeiten nach Art. 50 Abs. 4 BVV 2

Die SRS kann von der Erweiterung der Anlagemöglichkeiten nach Art. 50 Abs. 4 BVV 2 Gebrauch machen. Erweiterungen bezüglich der zulässigen Anlagen sowie deren Begrenzungen werden in den nachstehenden Absätzen geregelt und hervorgehoben. Die Einhaltung von Art. 50 Abs. 4 BVV 2 wird bei der Inanspruchnahme von erweiterten Anlagemöglichkeiten in der jährlichen Berichterstattung der Vorsorgeeinrichtung mittels eines Berichts schlüssig dargelegt.

Art. 19 Benchmark / Vergleichsindex

Für jede Anlagekategorie ist ein Marktindex oder eine adäquate Vergleichsgrösse zu definieren (Anhang 2). Für den Vergleich mit dem Index wird die Nettorendite des jeweiligen Mandates/Fonds zugrunde gelegt. Für das Gesamtportfolio ergibt sich auf Basis der strategischen Gewichtung der Anlagekategorie eine Vergleichsgrösse (Benchmark).

Art. 20 Bewirtschaftungsregeln

Eine sachgerechte Bewirtschaftung, eine angemessene Diversifikation (Branchen / Sektoren, Titel, Regionen, Länder) und einer der Anlagekategorie entsprechende Handelbarkeit sind mit aller Sorgfalt anzuwenden. Instrumentenspezifischen Risiken wie z.B. der eingeschränkten Liquidität oder einem langen Anlagehorizont bei einigen Alternativen Anlagen oder Immobilien ist angemessen Rechnung zu tragen.

Die Bewirtschaftung kann sowohl aktiv als auch indexiert erfolgen.

Wenn möglich sollen die Umsetzungen mittels kollektiver Anlagen vorgenommen werden.

Die Bewirtschaftungsvorgaben pro Anlageklasse gemäss Anhang 2 sind einzuhalten. Ergänzend zu den dort pro Anlageklasse aufgeführten Anlageformen sind Derivate gemäss Art. 25 und Anhang 3 zulässig.

Art. 21 Herabstufung im Rating

Erfolgt eine Herabstufung des Ratings einer Position unter den gemäss Anhang 2 vorgegebenen Wert, so ist die Position innerhalb angemessener Frist (aber spätestens nach 3 Monaten) zu verkaufen. Bei „Splitratings“ bzw. unterschiedlicher Einschätzung der Kreditqualität durch die Rating-Agenturen Moody's und Standard & Poors, gilt das jeweils tiefere Rating. Bei Kollektivanlagen gilt das Durchschnittsrating der jeweiligen Anlage.

Art. 22 Verbot der Nachschusspflicht und Hebelwirkung

Anlagen mit Nachschusspflicht sind verboten. Dies bedeutet, dass auch bei den erwähnten Hebelmöglichkeiten die maximal möglichen Verluste auf das in die Vehikel investierte Vermögen beschränkt sein muss. Ein

Hebel ist nur zulässig in Anlagen gemäss Art. 53 Abs. 5.

Art. 23 Fremdwährungen

Die Fremdwährungsabsicherung erfolgt, wenn immer möglich, innerhalb der Kollektivanlage. Mittels direkter Währungsabsicherung kann das Währungs-Exposure zusätzlich im Rahmen der strategischen Vorgaben gesteuert werden.

Art. 24 Securities Lending

Das Ausleihen von Wertschriften (Securities Lending) ausserhalb von Kollektivanlagen ist nicht zulässig. Bei der Wertschriftenleihe sind, gestützt auf Art. 53 Abs. 6 BVV 2, die Rahmenbedingungen und Vorschriften gemäss Kollektivanlagegesetz (Art. 55 Abs. 1 lit. a KAG, Art. 76 KKV und Art. 1 ff. KKV-FINMA) einzuhalten.

Art. 25 Einsatz derivativer Finanzinstrumente (Derivate)

Bei Anlagen in derivative Finanzinstrumente sind die Bestimmungen in Art. 56a BVV 2 einzuhalten. Als derivative Finanzinstrumente kommen täglich liquidierbare Termingeschäfte, Futures und Optionen in Frage. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist nur auf der Grundlage definierter Strategien zulässig. Die derivativen Finanzinstrumente dienen der Absicherung der Positionen und der kostengünstigen Umschichtung der Anlagen. Zwischen dem Basiswert und dem Derivat muss eine einfache, nachvollziehbare Beziehung bestehen. Die Gegenpartei bei nicht standardisierten Geschäften (OTC, Stillhalter-Optionen, etc.) muss mindestens ein A+ (Standard & Poors) resp. A1 (Moody's) Rating aufweisen. Short Credit Default Swaps (Aufbau von Kreditrisiken) sind nicht zulässig. Sämtliche Verpflichtungen, die sich im ungünstigsten Fall ergeben können, müssen jederzeit entweder durch Liquidität (bei Engagement erhöhenden Geschäften) oder durch Basisanlagen (bei Engagement senkenden Geschäften) vollumfänglich gedeckt sein.

Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente darf auf das Gesamtvermögen keine Hebelwirkung (= versteckte Kreditaufnahme) ausüben. Die zulässigen Instrumente und Strategien sind im Anhang 3 abschliessend aufgeführt. Der Anlageausschuss kann den Einsatz derivativer Instrumente jederzeit mit detaillierten Richtlinien weiter einschränken, aber nicht erweitern.

Art. 26 Pflichten zu FinfraG/FinfraV

Die SRS ist eine kleine finanzielle Gegenpartei. Zulässig sind Geschäfte mit einer finanziellen Gegenpartei („FCP“) schweizerischen Domizils. Der Handel von Derivaten, die nicht über einen Handelsplatz (d. h. eine Börse) gehandelt werden und für die keine Clearingpflicht besteht, ist nicht erlaubt. Es sind die Meldepflicht gemäss Meldekaskade und Rahmenvertrag mit

der Gegenpartei (Art. 104 Abs. 1 FinfraG) und die Risikominderungspflicht (Art. 108 und 110 FinfraG) vertraglich mit den Vermögensverwaltern bzw. Depotbanken zu regeln. Eine Ausnahme besteht für Währungsswaps und -termingeschäfte.

V. Ausübung der Aktionärsrechte

Für die Ausübung der Aktionärsrechte gelten die Artikel 71a und 71b BVG sowie die Richtlinien im Anhang 4.

VI. Änderungen

Dieses Anlagereglement kann vom Stiftungsrat jederzeit abgeändert werden.

VII. Inkrafttreten

Das vorliegende Anlagereglement wurde vom Stiftungsrat am 12. Dezember 2022 genehmigt und auf den 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt. Künftige Anpassungen des Reglements sind der Aufsichtsbehörde zur Kenntnisnahme einzureichen.

Schweizerische Rentnerstiftung SRS

St.Gallen, 12. Dezember 2022



Peter Rösler, Präsident



Markus Kaufmann, Geschäftsführer

Anhang 1 Anlagestrategie

(gültig ab 1.1.2023; umzusetzen bis 30.6.2023)

Damit die SRS ihre Renditeziele innerhalb der festgesetzten Risikotoleranz erreichen kann, verteilt sie ihr Vermögen auf eine grosse Zahl verschiedener Anlagekategorien. Mit dieser Diversifikation kann sie das Anlagerisiko senken, da schlechte Renditen einzelner Anlagekategorien in einem Jahr durch gute Ergebnisse anderer Kategorien kompensiert werden können.

Für jede Kategorie wird die Bandbreite im Rahmen der ALM-Analyse festgelegt. Die unteren und die oberen taktischen Bandbreiten definieren die maximal zulässigen

Abweichungen von der strategischen Zielstruktur. Es handelt sich dabei um Interventionspunkte. Die Portfolioanteile müssen sich innerhalb der unteren und der oberen Bandbreite bewegen. Kommt es zu Über- oder Unterschreitungen von strategischen Bandbreiten, muss die Anlagekommission den Stiftungsrat informieren und gleichzeitig Massnahmen ergreifen, welche dazu geeignet sind, die Vermögensaufteilung so bald als möglich, spätestens aber nach 6 Monaten wieder in die Bandbreiten zurückzuführen. Der Anteil illiquider Anlagen wie Immobilien, Private Equity und Infrastrukturen kann im Falle eines deutlichen Kursanstiegs oder Kursrückgangs die Bandbreite unter- respektive überschreiten. Solche passiven Verletzungen sind erlaubt, erfordern aber eine Information und Genehmigung des Stiftungsrates.

Anlagekategorien	Anlagestrategie	Bandbreiten	
Beschreibung	Sollwert	untere Bandbreite	obere Bandbreite
Liquidität	7.0%	1.0%	10.0%
Obligationen CHF	12.0%	9.0%	15.0%
Obligationen FW	10.0%	7.0%	12.0%
Aktien Schweiz	6.0%	3.0%	7.0%
Aktien Welt	6.0%	3.0%	7.0%
Hypotheken	10.0%	5.0%	12.0%
Immobilien**	34.0%	28.0%	40.0%
Infrastruktur	5.0%	3.0%	7.0%
Alternative Obligationen	10.0%	7.0%	12.0%
Private Equity*	0.0%	0.0%	3.0%
Total	100.00%		
Fremdwährungs-Exposure	0.0%	0.0%	5.0%

*Anlagekategorie im Abbau

**Anlageerweiterung im Sinne von Art. 50 Abs. 4 BVV2

Zielwert der Wertschwankungsreserve in %

15.5%

Berechnung der Wertschwankungsreserve

Die Wertschwankungsreserve dient zum Ausgleich von Wertschwankungen des Anlagevermögens. Die Grösse der Wertschwankungsreserve wird in Prozent der Verpflichtungen (notwendiges Vorsorgekapital) ausgewiesen.

Die in die Berechnung der Wertschwankungsreserve einflussenden Parameter

- Sicherheitsniveau unter Berücksichtigung der strukturellen Risikofähigkeit,
- Zeithorizont,
- Rendite- und Risikoeigenschaften der Anlagestrategie,
- Sollrendite

sowie die Zielgrösse werden periodisch gemäss Art. 65b BVG und Art. 48e BVV2 überprüft und gegebenenfalls vom Stiftungsrat neu festgelegt. Es wird ein Sicherheitsniveau von 99.75 Prozent über einen Zeithorizont von drei Jahren angestrebt.

Anhang 2 Anlagerichtlinien (Bewirtschaftungsvorgaben und Indizes)

Anlagekategorie	Bewirtschaftungsvorgaben	Index/Benchmark
Liquidität	<p>Anlageform: Vorsorgekonti, Kontokorrentkonti, Festgelder, Treuhandanlagen, Geldmarktfonds, verbriefte Forderungspapiere und Obligationen mit einer Restlaufzeit von maximal 18 Monaten. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Anlagen darf 12 Monate nicht übersteigen.</p> <p>Qualität: kurzfristiges Mindestrating A-2 und langfristiges Mindestrating A- (Standard & Poors) oder vergleichbares Rating anderer Anbieter.</p>	SARON CHF 3 Mt.
Obligationen CHF	<p>Anlageform: Kollektivanlagen mit in auf Schweizer Franken lautenden Obligationen, Anleihen, Pfandbriefanleihen, Notes, Inflationsanleihen, Kassenobligationen, Kassascheine, Schuldverschreibungen, Options- und Wandelanleihen.</p> <p>Qualität: gem. Methodologie des Vergleichsindex</p>	Swiss Bond Index AAA-BBB (TR)
Obligationen FW	<p>Anlageform: Kollektivanlagen mit auf fremde Währung mit festem oder variablem Zinssatz lautenden Call- und Festgelder, Obligationen und Notes, Anleihen, Inflationsanleihen, Wandel- und Optionsanleihen, Mortgage-Backed Security und Asset-Backed Security.</p> <p>Qualität: gem. Methodologie des Vergleichsindex</p>	Bloomberg Global Aggregate Index (TR) hdg in CHF
Aktien Schweiz	<p>Anlageform: Kollektivanlagen mit in der Schweiz börsenkotierten Werten von Gesellschaften mit Geschäftssitz Schweiz und Liechtenstein.</p>	Swiss Performance Index (TR)
Aktien Welt	<p>Anlageform: Kollektivanlagen mit im Ausland börsenkotierten Werten gemäss Vergleichsindex.</p>	MSCI World ex Switzerland (NR) hdg in CHF
Hypotheken	<p>Anlageform: Kollektivanlagen mit Investitionen in grundpfandgesicherte Darlehen in CHF für Objekte (Wohn- und Geschäftsliegenschaften, Gewerbe, Verkauf, Büro, Logistik, Alters- und Studentenwohnen, gemischte Nutzungen) in der Schweiz.</p>	SBI Domestic AAA-A 1-10Y (TR) + 0.6%(TR)
Immobilien	<p>Anlageform: Kollektivanlagen (Anteile an Anlagestiftungen, Immobilienfonds) und Direktanlagen. Die Umsetzungsvorgaben für die Bewirtschaftung der Direktanlagen werden in einer vom Stiftungsrat zu genehmigenden Richtlinie festgehalten.</p>	KGAST Immo Index
Infrastruktur	<p>Anlageform: Kollektivanlagen (inkl. Single Fund, Fund of Funds, Limited Partnerships und Beteiligungsgesellschaften).</p> <p>Begrenzung: Infrastrukturanlagen mit einem Hebel auf Ebene der Kollektivanlage (d.h. Single Fund oder Fund of Fund) sind nicht zugelassen. Ein einzelnes Engagement (Single Fund) darf 3% der Vermögensanlagen nicht überschreiten.</p>	50% KGAST Immo Index / 50% MSCI World (NR) hdg in CHF
Alternative Obligationen	<p>Anlageform: Kollektivanlagen mit Investitionen in besicherte Kredite (Senior Loans) oder Verbriefungen solcher Kredite (Collateralized Loan Obligationen) sowie Insurance Linked Securities.</p> <p>Begrenzung: Ein einzelnes Engagement (Single Fund) darf 3% der Vermögensanlagen nicht überschreiten.</p>	50% Credit Suisse Leveraged Loan Index hdg in CHF / 50% Plenum CAT Bond UCITS Fund Index CHF Avg
Private Equity (Anlage im Abbau)	<p>Anlageform: Diversifizierte Kollektivanlagen (inkl. Single Fund, Fund of Funds, Limited Partnerships und Beteiligungsgesellschaften).</p>	Renditeziel hdg in CHF 5%

Anhang 3 Derivative Instrumente und Strategien

Folgende derivative Instrumente und Strategien sind zulässig:

Geldmarkt

- Long Währung (zum Ausgleich von Währungsabsicherungen)
- Short Währung (zur Absicherung) auch auf Termin bis max. 12 Monate

Aktien

- Long Call (auf gedeckter Basis)
- Long Put (zur Absicherung)
- Short Call (auf gedeckter Basis)
- Short Put (auf gedeckter Basis) oder Kombination davon
- Short Index-Future (zur Absicherung)
- Long Index-Future (auf gedeckter Basis)
- Short Währung (zur Absicherung)

Obligationen

- Short Bondfutures auf Staatsanleihen (zur Absicherung und Steuerung der Duration)
- Long Bondfutures auf Staatsanleihen (auf gedeckter Basis)
- Fix Payer Swap (zur Absicherung und Steuerung der Duration)
- Fix Receiver Swap (auf gedeckter Basis)
- Short Währung (zur Absicherung)

Anhang 4 Ausübung der Aktionärsrechte

Grundsätzlich investiert die SRS in Kollektivanlagen. Die Stimm- und Wahlrechte, der in Ausnahmefällen direkt gehaltenen Aktien von Schweizer Gesellschaften, werden systematisch im Interesse der Versicherten ausgeübt.

Bei Kollektivanlagen, die die Äusserung einer Stimmpräferenz erlauben, kann die Anlagekommission frei entscheiden, ob die Präferenz geäussert wird oder auf die eine Präferenz-äusserung verzichtet wird.

Die SRS übt ihre Aktionärsrechte gemäss Art. 71a und 71b BVG aus. Die SRS darf sich der Stimme enthalten, sofern dies dem Interesse der Versicherten entspricht, also keine gewichtigen Gründe für die Zustimmung oder Ablehnung des behandelten Traktandums sprechen. Die Stimmpflicht bezieht sich auf folgende an der Generalversammlung behandelten Traktanden:

- Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates, des Präsidenten des Verwaltungsrates, der Mitglieder des Vergütungsausschusses und des unabhängigen Stimmrechtsvertreters;
- Statutenbestimmungen;
- Vergütungen, die der Verwaltungsrat, die Geschäftsleitung und der Beirat direkt oder indirekt von der Gesellschaft erhalten;

- Vergütungen an Mitglieder des Verwaltungsrates, der Geschäftsleitung und des Beirates für Tätigkeiten in Unternehmen, die durch die Gesellschaft direkt oder indirekt kontrolliert werden, sofern diese Vergütungen von der Generalversammlung der Gesellschaft nicht gutgeheissen worden sind.

Ausgeliehene Wertpapiere sind auf den Zeitpunkt der GV zurückzurufen.

Das Interesse der Versicherten gilt als gewahrt, wenn das Stimmverhalten dem dauernden Gedeihen der Vorsorgeeinrichtung dient und nachhaltig ist. Nachhaltigkeit bedeutet:

- Finanzielles gesundes Wachstum ist höher zu gewichten als eine hohe Dividende (langfristige Eigenfinanzierung der Aktiengesellschaft);
- Nachhaltige Finanzierung der Gesellschaft durch Eigenkapital ist höher zu gewichten als Rückerstattung von Kapitaleinlagen.

Die SRS orientiert sich daher bei der Wahrnehmung der Stimmrechte an den Grundsätzen Rendite, Sicherheit, Liquidität und Nachhaltigkeit.

Die SRS muss mindestens einmal jährlich in einem zusammenfassenden Bericht ihren Versicherten gegenüber Rechenschaft darüber ablegen, wie sie ihrer Stimmpflicht nachgekommen ist. Die Offenlegung kann zusammen mit der Jahresrechnung, auf der Internetseite der SRS oder auf andere geeignete Weise erfolgen. Folgt die SRS den Anträgen des Verwaltungsrates nicht oder enthält sie sich der Stimme, so muss sie das Stimmverhalten im Bericht detailliert offenlegen. Der Stiftungsrat beschliesst das Vorgehen zur Wahrnehmung der Stimmrechte und definiert die konkrete Stimmrechtsausübung. Die Umsetzung kann — im Rahmen dieser Vorgaben — einem Dritten (Stimmrechtsausschuss, Anlagekommission, Portfolio Manager, externe Stimmrechtsberater, etc.) übertragen werden. Auf direkte Präsenz an den Generalversammlungen wird in der Regel verzichtet.

Anhang 5 Integrität und Loyalität

Geltungsbereich

Die nachfolgenden Vorschriften gelten für den Stiftungsrat sowie für alle von der Pensionskasse beauftragten Personen/Institutionen.

Anzuwendende Regeln

Die gesetzlichen Bestimmungen zur Loyalität und Integrität in der Vermögensverwaltung (Art. 51b BVG und Art. 48f—I BVV 2) dienen als Grundlage für die nachfolgenden Bestimmungen.

Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden

Die von der SRS abgeschlossenen Rechtsgeschäfte müssen marktüblichen Bedingungen entsprechen. Bei bedeutenden Rechtsgeschäften mit Nahestehenden müssen Konkurrenzofferten eingefordert werden. Dabei muss über die Vergabe vollständige Transpa-

renz herrschen. Als bedeutend gilt ein Rechtsgeschäft, wenn damit ein einmaliger Aufwand bzw. eine Investition von drei Promille der Bilanzsumme oder ein jährlich wiederkehrender Aufwand bzw. eine jährlich wiederkehrende Investition von mehr als ein Promille der Bilanzsumme verbunden ist.

Rechtsgeschäfte der SRS mit Mitgliedern des obersten Organs, mit angeschlossenen Arbeitgebern oder mit natürlichen oder juristischen Personen, welche mit der Geschäftsführung oder der Vermögensverwaltung betraut sind, sowie Rechtsgeschäfte der Vorsorgeeinrichtung mit natürlichen oder juristischen Personen, die den vorgenannten Personen nahestehen, sind bei der jährlichen Prüfung der Jahresrechnung gegenüber der Revisionsstelle offenzulegen.

Vermögensvorteile

Die Art und Weise der Entschädigung von beauftragten Personen/Institutionen muss eindeutig bestimmbar und in einem schriftlichen Vertrag festgehalten sein. Grundsätzlich sind alle Vermögensvorteile, welche die vereinbarte Entschädigung übersteigen, der SRS abzuliefern. Es dürfen keine Einladungen, Geschenke und anderen persönlichen Vermögensvorteile entgegengenommen werden, die ohne die Stellung in der SRS nicht gewährt würden. Von diesen Grundsätzen ist Folgendes ausgenommen:

- Gelegenheitsgeschenke: als Gelegenheitsgeschenk gelten einmalige Geschenke im Wert von höchstens CHF 200 pro Fall und CHF 2 000 pro Jahr.
- Einladungen: Einladungen zu einer Veranstaltung, bei welcher der Nutzen für die SRS im Vordergrund steht, wie z. B. Fachseminare, falls sie nicht mehr als einmal pro Monat stattfinden. Zulässige Veranstaltungen sind in der Regel beschränkt auf einen Tag, gelten nicht für eine Begleitperson und sind mit dem Personenwagen oder öffentlichen Verkehrsmittel erreichbar. Am Mittag oder am Abend kann eine gesellschaftliche oder soziale Veranstaltung daran anschliessen.

Die Annahme von persönlichen Vermögensvorteilen in Form von Geldleistungen (Bargeld, Gutscheine, Rabatte etc.) von über CHF 50 ist nicht zulässig.

Einschränkung Handelsaktivität der in der Vermögensverwaltung involvierten Personen

Als in der Vermögensverwaltung involviert gelten alle Personen, die für die SRS Entscheidungen zum Kauf oder Verkauf von Anlagen treffen oder über solche Entscheidungen informiert sind. Für diese Personen verboten sind gleichlautende Eigengeschäfte, welche vorgängig (Front Running), parallel (Parallel Running) oder unmittelbar nach der Durchführung (After Running) von Handelsaufträgen der SRS durchgeführt werden. Werden solche Geschäfte zur Umgehung dieser Bestimmungen über dritte Personen abgewickelt, so werden diese wie Eigengeschäfte behandelt.

Churning

Verboten ist das Umschichten des Depots der SRS ohne einen in deren Interesse liegenden wirtschaftlichen Grund.

Offenlegung von Interessenverbindungen

Alle von diesen Vorschriften betroffenen Personen sind verpflichtet, die Interessenverbindungen offenzulegen, welche ihre Unabhängigkeit bei der Ausübung ihrer Tätigkeit beeinträchtigen könnten. Die Offenlegung erfolgt frühestmöglich, spätestens jedoch vor Abschluss eines Geschäfts, Durchführung einer Wahl oder einer Anstellung. Personen mit einer Interessenverbindung, welche die Unabhängigkeit beeinträchtigen kann, treten bei der betreffenden Entscheidung sowie deren Vorbereitung und Beratung oder Überwachung in den Ausstand.

Jährliche Erklärungen

Von allen betroffenen Personen fordert der Stiftungsrat jährlich eine persönliche, schriftliche Erklärung ein. Darin ist zu bestätigen, dass die Loyalitätsbestimmungen bekannt sind, dass keine ungerechtfertigten Vermögensvorteile entgegengenommen wurden, dass keine verbotenen Eigengeschäfte getätigt wurden und keine nicht offengelegten Interessenkonflikte bestehen.

Sanktionen

Verstösse werden sanktioniert. Bei Verstössen gegen die Integritäts- und Loyalitätsvorschriften ergreift der Stiftungsrat angemessene Massnahmen. Diese können von einer Ermahnung oder Verwarnung bis zur Auflösung des vertraglichen Verhältnisses führen. Vorbehalten bleibt die Einleitung strafrechtlicher Massnahmen.

Anhang 6 Zusammenarbeit mit externen Vermögensverwaltern

Grundsätze für die Auswahl

Externe Vermögensverwalter werden nach klar definierten Kriterien vorgeschlagen bzw. gewählt. Diese beinhalten Zielsetzung und Auswahlkriterien (Ausschluss- und qualifizierende Kriterien). Anhand dieser Parameter wird ein Suchprozess initiiert. Dieser beinhaltet eine „Longlist“, eine „Shortlist“ und die Finalisten. Quantitative wie auch qualitative Aspekte sind in der Analyse zu berücksichtigen. Die Erfüllung der Anforderungen ist für Dritte nachvollziehbar zu dokumentieren. Folgende Kriterien müssen mindestens erfüllt werden:

- Fähigkeit und Expertise, das Mandat professionell und erfolgreich auszuüben;
- Vorlage von klar strukturierten Vergleichsportfolios und Nachweis von Performancezahlen vergleichbarer Mandate über eine angemessene Zeitperiode (Track Record);
- Personen und Institutionen, welche die Anforderungen gemäss Art. 48f Abs. 2 BVV 2 erfüllen;
- klare und nachvollziehbare Anlageprozesse sowie interne Governance-Regeln zur Vermeidung von Interessenskonflikten;
- bei der Bewertung der Kollektivanlage des Vermögensverwalters werden u.a. die Funktionentrennung (Verwahrung, Verwaltung, Administration, Bewertung, etc.), die Effizienz, der Leverage, die Qualität und Diversifikation der Investitionen, die Rendite- und Risikoeigenschaften und die Bewertungsgrundsätze bewertet.
- marktgerechte Vermögensverwaltungsgebühren.

Grundsätze für die Auftragserteilung

Die Auftragserteilung erfolgt mittels detaillierter schriftlicher Anlagerichtlinien, und muss mindestens folgende Punkte zusätzlich zu den Standardvereinbarungen regeln:

- Startvolumen/Anlagevolumen;
- Zielsetzung des Mandates/Anlagestil;
- Benchmark (Vergleichsindex);
- Risikobegrenzung;
- Investitionsgrad;
- zulässige Anlageinstrumente;
- Einsatz derivativer Instrumente (nur auf jederzeit gedeckter Basis);
- Methode der Performance-Berechnung;
- Verantwortlicher Portfolio-Manager und Stellvertreter;
- Belegfluss (Zusammenarbeit mit der Depotstelle);
- Inhalt und Häufigkeit des Reportings;
- Haftung und Schadenersatz;
- Regelungen Leistungen Dritter (Retrozessionen, Rabatte, Soft Commissions usw.)

- Gewähr für die Einhaltung der Integritäts- und Loyalitätsvorschriften nach Art. 48f–I BVV 2 inkl. jährlicher Berichterstattung an die SRS;
- Kosten der Vermögensverwaltung (abschliessende Aufzählung);
- Beginn (Übergangsfrist) und Auflösung (jederzeit) des Mandates;
- Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle.

Davon ausgenommen sind Investments in eine Kollektivanlage ohne separaten Mandatsvertrag.

Grundsätze für die Überwachung

Die Vermögensverwalter werden im Rahmen des Investment-Controllings periodisch überwacht. Die dazu notwendigen Informationen werden durch den Investment-Controller bereitgestellt. Die wesentlichen Überwachungsinhalte sind:

- die erzielte Anlagerendite im Vergleich zur Zielsetzung;
- das mit der Anlagerendite verbundene Risiko im Vergleich zum Benchmark;
- die Anlagestruktur im Vergleich zum Benchmark;
- die Veränderung der Anlagestruktur im Zeitablauf;
- das Einhalten der Anlagerichtlinien (wo durch den Investment-Controller möglich);
- das Einhalten der beabsichtigten Anlagepolitik;
- das Einhalten des vereinbarten Anlagestils;
- der Umfang der Transaktionen;
- der Einsatz derivativer Instrumente.

Grundsätze für die Beurteilung

Die Beurteilung der Leistung der Vermögensverwalter:

- erfolgt primär anhand der erzielten Rendite und der eingegangenen Risiken im Vergleich zur Zielsetzung (Zielerreichungsgrad) und wo möglich im Vergleich zu direkt vergleichbaren anderen Mandaten (Konkurrenzvergleich);
- beginnt ab dem ersten Tag der Mandatserteilung, die Performancemessung ab dem vereinbarten Datum;
- erfolgt normalerweise quartalsweise anhand von Monatsdaten;
- erfolgt unter einem langfristigen Aspekt, d.h. wenn keine gravierenden Verletzungen der Anlagerichtlinien und der Zielsetzungen vorliegen, über einen Zeithorizont von drei Jahren;
- erfolgt unter Berücksichtigung der Einhaltung der gesetzlichen (Finanzmarktregulierung, BVG/BVV 2) sowie der vertraglichen Vorgaben durch den Vermögensverwalter.

Gründe für die Reduktion oder Kündigung eines Mandates oder einer Kollektivanlage

Die Reduktion oder die Kündigung eines Mandates erfolgt zum Beispiel:

- unmittelbar bei schwerwiegenden Verletzungen der Anlagerichtlinien;
- bei ungenügender Leistung ohne realisierte oder absehbare Verbesserung;
- wenn sich beim Vermögensverwalter grundlegende Änderungen organisatorischer, personeller oder anlagentechnischer Art ergeben, die eine Weiterführung verunmöglichen;
- wenn sich aufgrund der Veränderung der strategischen oder taktischen Vorgaben und Entscheidungen seitens der SRS eine Reduktion oder Kündigung aufdrängt.